

wieder ist die Deutsche Bank dabei.“ Denn auch die Düsseldorfer Maschinen-Fabrik Schiess AG war letztes Jahr überraschend bis an den Rand der Pleite abgesackt. Aufsichtsratschef bei Schiess: Andreas Kleffel von der Deutschen Bank in Düsseldorf.

Wie bei Schiess muß sich nun neben dem Vorstand auch der Aufsichtsrat des schwäbischen Unternehmens der Kritik der Aktionäre stellen. Und Opponent Fiebich sieht schon heute im Fall Weingarten einen weiteren Beweis für eine dringend nötige Reform des deutschen Aktienrechts: „Die Vertreter der Großbanken halten zu viele Aufsichtsratsposten besetzt. Sie haben daher keine Zeit und erfüllen ihre Pflichten nicht.“

Nikolaus Kunkel hat zehn Mandate.

CDU

## Fliegender Bezirk

**In Hamburg haben am Wochenende 18 CDU-Mitglieder ihre Partei verlassen – aus Protest gegen „Rechtsdrift“, „Rechtsbeugung“ und „parakriminelles Milieu“.**

Am 2. Juni 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg bei Berliner Studentenunruhen erschossen. Seit dem 15. Juni 1967 bin ich Mitglied der Jungen Union und der CDU.“

Seit dem 7. August 1971 ist er es nicht mehr: Der Pädagogik-Dozent Dierk-Eckhard Becker, 32, von der Heeresoffizierschule II in Hamburg-Wandsbek hatte „es satt, immer, wenn mal sowjetische Journalisten kommen, hingeschickt zu werden, damit die sehen, daß in der CDU vernünftige Leute sind“.

Mit Becker, der es bei den CDU-Junioren in der Jungen Union bis zum Vorstandsmitglied gebracht hatte, nahmen drei Mitglieder des Hamburger CDU-Landesausschusses Abschied von ihrer Partei, die für sie zum „Sammel-



**Austrittsgrund Echternach**  
„Sicherer Instinkt“

## „Sammelbecken der Rechtsfront“

Austrittserklärung der Hamburger CDU-Mitglieder

Wir erklären hiermit gemeinschaftlich und öffentlich unseren Austritt aus der Christlich-Demokratischen Union.

Die CDU/CSU ist aufgrund ihrer internen Struktur nicht mehr fähig, den Weg einer „Volkspartei“ und einer „Partei der Mitte“ zu gehen. Die Union ist damit für Mitglieder und Wähler, die sie in diesem Selbstverständnis ernstgenommen haben, nicht mehr tragbar. Alle Mitglieder der CDU/CSU, die nachstehende Begründung unseres Austritts für gerechtfertigt halten, fordern wir auf, die Konsequenzen zu ziehen und diese Partei zu verlassen.

Die Entwicklung eines reformbewußten und sozialgerechten politischen Gesamtkonzeptes ist nach unserer Meinung von dieser Partei auf lange Sicht nicht zu erwarten.

Was vor dem Düsseldorfer Parteitag für einen kurzen Zeitraum über-tüncht schien, schillert heute in den krassesten Farben wie eh: das bunte Allerlei politischer Programm-entwürfe und Interessenlagen, in denen sich das undurchsichtige Kompromißertum der einflußreichen Karrieregruppen innerhalb der Spitzengliederung der CDU widerspiegelt. Die CDU/CSU stellt gegenwärtig das Sammelbecken rechtsorientierter und reformfeindlicher Interessengruppen dar. Angesichts der Teilerfolge bei den Landtagswahlen wurde das durch Machtwillen aufgeblasene Selbstbewußtsein gerade der herrschenden CDU-Kreise gestärkt.

In dieser Situation stellt sich die Frage, ob nicht die CDU/CSU im Sinne ihrer unüberwindbaren restaurativen Grundtendenz eine Gefahr für die demokratische und sozialgerechte Weiterentwicklung der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Ist man in der CDU hoch genug aufgestiegen, um einen gewissen Einblick in die interne Finanzzirkulation gewinnen zu können, so muß man zu dem Schluß kommen, daß diese Partei sich bedenklichsten Gefahren für die Demokratie und die politische Erfüllung des Verfassungsauftrages öffnet: Entgegen dem Artikel 21 des Grundgesetzes und dem Parteiengesetz genügt die Union weder von ihrer Organisationsstruktur noch von der personellen Substanz ihrer Mitglieder dem Demokratie-Gebot, die latenten Willensbildungsprozesse in der Ge-

sellschaft zu fördern und in entscheidbare politische Entwürfe umzusetzen, die dem proklamierten Selbstverständnis der CDU/CSU als „Volkspartei“ glaubwürdig entsprechen.

Die permanente Finanzmisere der Parteiorganisation hat seit langem dazu geführt, daß der Bundesverband und die Parteigliederungen auf allen Ebenen in hoffnungsloser Weise ausgeliefert sind an finanzstarke Interessengruppen. Diese stehen außerhalb und innerhalb der Partei und bestimmen letztlich die Programmatik der Union, indem sie durch für die Mitglieder undurchsichtige finanzielle Transaktionen, die immer mit massiven politischen Auflagen verbunden sind, das Defizit im Finanzbedarf ausgleichen.

Vor Jahren lösten alle wichtigen finanziellen und politischen Probleme die parteirechtlich illegale Pressure-group der Banker- und Industriebosse, der sogenannte „Wirtschaftsrat“, oder das ständisch-feudale Fossil der Mittelstandsvereinigungen. Heute sind diese Gruppierungen dem Namen nach zusammengefaßt als „Wirtschaftsvereinigung der CDU e. V.“. Machtverhältnisse und Intentionen dieser Lobbyisten-Gemeinschaft haben sich unter dem neuen Firmenschild nicht geändert: die Interessen derjenigen zehn Prozent der Bevölkerung, die so viel verdienen und erwerben wie die restlichen 90 Prozent zusammen, steuern nach wie vor die Willensbildung der Führungsspitze der Partei im Sinne ihrer Interessenlage und bestimmen bei den Kandidatenaufstellungen für die Parlamentswahlen die Reihenfolge auf den Ranglisten.

Die Sozialausschüsse sind seit eh eine unbedeutende Kraft innerhalb der Union. Nie hat sich das so deutlich gezeigt wie in Düsseldorf. Selbst gutgemeinte Aktivitäten dienen offensichtlich nicht mehr dem Interesse der Arbeitnehmer, sondern schaden ihnen, da die „Image-Pflege“ der Union so verfälscht betrieben werden kann: die CDU/CSU kann dadurch weiterhin von Wahlkampf zu Wahlkampf ihre Wähler darüber hinwegtäuschen, daß sie längst nicht mehr eine „Partei der Mitte“ ist. Sie ist ein Sammelbecken der rechtsdriftigen Industrie-, Agrar-, Vertriebenen- und Hinterbliebenen-Front in der Bundesrepublik.

becken der rechtsdriftigen Industrie-, Agrar-, Vertriebenen- und Hinterbliebenen-Front“ geworden ist (siehe Kasten Seite 33). 14 Freunde der vier Aktivisten schlossen sich dem Gruppen-Exodus an.

Sie alle — voran Becker, der Doktorand Elmar Wiesendahl, 26, der Versicherungskaufmann Horst Meyer, 25, und der Student Klaus-Peter Blum, 22 — hatten sich zu Apo-Zeiten von dem „Kommt zu uns“-Ruf der Bonner Parteiführer aktivieren lassen. Sie wollten sich und ihren Kommilitonen beweisen, daß progressive Politik besser in der Christlich Demokratischen Union als auf der Straße gemacht werden kann.

Anfangserfolge schienen ihren Optimismus zu rechtfertigen. Innerhalb der Jungen Union halfen sie, eine „Arbeitsgemeinschaft der Reform“ zu organisieren, und stritten für innerparteiliche

desvorstand um seine Mehrheit gebracht worden.

Als die Rebellen im Mai letzten Jahres in der Delegiertenversammlung einen Antrag zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durchbrachten, schlugen „Eule“ Echternach und die Seinen zurück. Becker, Wiesendahl und Meyer wurden einem Lernprozeß in christlicher Demokratie unterworfen.

Der Landesvorsitzende sträubte sich, den Oder-Neiße-Beschluß des obersten JU-Organs der Öffentlichkeit bekanntzugeben und in der CDU zu vertreten. Als Delegierten-Sprecher Becker die Presse informierte, bezeichnete Echternach dessen Auskünfte als „Falschmeldung“. Auch nachdem das JU-Schiedsgericht Echternachs Beschwerde gegen den Beschluß abgewiesen hatte, fühlte sich der JU-Boß nicht an den Oder-Neiße-Kurs seiner Basis gebunden. Statt dessen verweigerte Echternach

das die Eppendorfer Wahlen für ungültig erklärte. Fischer und Echternach ließen daraufhin ihren Landesvorstand beschließen, der Schiedsgerichtsspruch sei nichtig. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts Gerhard Schumann legte sein Amt nieder und trat unter Protest aus der Jungen Union aus.

Elmar Wiesendahl schloß sich nun an: „Ich zog es vor, mich diesem parakriminellen Milieu zu entziehen.“

Andere Milieustudien machte der Christdemokrat Horst Meyer, der zwei Jahre lang selbst JU-Landesgeschäftsführer gewesen war. Nach seinen „sehr guten Einblicken“ (Meyer) finanziert sich die Hamburger CDU zum großen Teil aus Spenden des „Vereins zur Förderung des Hamburgischen Wirtschaftslebens“. Mitglieder dieses Vereins sind unter anderem die Bank-Bosse Alwin Münchmeyer und Friedrich-Wilhelm Sloman. Meyer: „Es finden regelmäßig Gespräche zwischen CDU-Spitze und Vereinsführung statt. Sowohl (der Landesvorsitzende) Rollmann als auch Echternach haben diese Gespräche in kleinerem Kreise erwähnt. Diese Gespräche wurden oft als hart beschrieben und wohl auch ganz klar als ausgeübter Druck empfunden.“

„Vor der Diskussion zum neuen Programm der CDU im Frühjahr 1970 wurden die Zuschüsse des Vereins gekürzt. Offizielle Begründung: Ebbe in der Kasse des Vereins. Die Mitbestimmungsfrage wurde seit einiger Zeit intensiv in den Parteigremien diskutiert. In der CDU ging das Gerücht, daß Kürzung der Spenden und Mitbestimmungsfrage in unmittelbarem Zusammenhang ständen. Es solle dem Landesvorsitzenden der CDU eine Überprüfung der Spendenkürzung nach Abschluß der Beratungen zum CDU-Programm in Aussicht gestellt worden sein. Seit diesem Zeitpunkt war Rollmann der ärgste Mitbestimmungsgegner.“

Meyer beobachtete auch, wie sich die CDU nach den Bundestagswahlen immer weiter rechts orientierte. Hatte Rollmann im Wahlkampf 1965 den CSU-Chef Franz Josef Strauß mit der Bitte brüskiert, nicht nach Hamburg zu kommen, so lud er dieses Jahr den Bayern „auf vornehmstem Goldpapier“ (Meyer) zu einer Werbe-Veranstaltung in den Hamburger Ratskeller ein.

„Diese und viele weitere Erlebnisse“ — resümierte Meyer — „haben meine gewonnene Erkenntnis nur noch untermauert, daß die CDU eine Gefahr für die demokratische Weiterentwicklung der BRD darstellt. Die Konsequenz kann nur der Austritt sein.“

Vom konzertierten Rückzug der 18 Hamburger aus der CDU kann sich freilich die örtliche Sozialdemokratie keine Verstärkung erhoffen. Dierk-Eckhard Becker auf die Frage, ob er und seine Freunde nun zur SPD gehen wollen: „Zur SPD? In Hamburg? Wir gehen doch nicht von einer rechten Partei in die andere.“



CDU-Dissidenten Meyer, Becker, Wiesendahl: „Erschreckend undemokratisch“

Demokratie, Mitbestimmung und Realismus in der Ostpolitik.

Bald hatte die Reformgruppe fast die Hälfte der Jungen Union Hamburgs hinter sich. Becker wurde sogar zum Sprecher der Landesdelegiertenversammlung — zweithöchstes Amt in der Jungen Union — gewählt, obwohl er in einem Wahlbrief die JU-Satzung „erschütternd undemokratisch“ genannt und seinen Vorgänger im Amt als „em-sigen Lakai des Landesvorsitzenden“ bezeichnet hatte.

Hauptgegner der Reformen waren der Bundes- und frühere Landesvorsitzende der JU, Jürgen Echternach, 33, und dessen Landes-Nachfolger Dirk Erik Fischer, 27. Vor allem Echternach, dem, laut Becker, „der sichere Instinkt eines schillernden Opportunisten“ eignet, hatte das Anwachsen der inneren Oppositionstruppe als Gefahr für seine Karriere empfinden müssen. Im Februar 1969 war er nur mit knappem Vorsprung wiedergewählt und im JU-Lan-

nachs Geschäftsstelle fortan dem Kontrahenten-Sprecher Becker jede Kooperation.

Dann lernte Beckers Freund und Stellvertreter Wiesendahl Echternachs „Liquidations-Praxis gegenüber oppositionellen Gruppen“ kennen. Weil Wiesendahl und seine Freunde sich weigerten, „ein Treuegelöbnis gegenüber dem Landesvorsitzenden Fischer“ (Wiesendahl) abzulegen, wurde der Echternach-Gegner als Bezirks-Vorsitzender des Stadtteils Eppendorf abgelöst — mit der Methode des „fliegenden Bezirks“.

Kurz vor den Neuwahlen traten Echternach und vier seiner Freunde in den Bezirk Eppendorf über, um Wiesendahls sonst sicher scheinende Wiederwahl zu verhindern. Die zuständige Prüfungskommission sprach dem Sonderkommando Echternach die Wahlberechtigung ab — mit dem zu erwartenden Erfolg: Echternach und Genossen wählten mit. Wiesendahl erhob Klage vor dem Schiedsgericht der JU,